
FDP Hattersheim

HUGO-HOFFMANN-RING: FORTSCHRITTE NUR MIT KLARHEIT VON DER DENKMALSCHUTZBEHÖRDE

29.04.2025

Hattersheim, 30.4.2025 – Die unbefriedigende Situation rund um den denkmalgeschützten Schornstein im Hugo-Hoffmann-Ring bewegt weiterhin viele Bürgerinnen und Bürger. Die anhaltende Sperrung der Straße belastet insbesondere die Anwohnerinnen und Anwohner erheblich. In der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauwesen wurde auf Antrag der SPD-Fraktion erneut über die Thematik beraten.

Im Rahmen der Vorstellung des Antrags betonte Bürgermeister Klaus Schindling, dass Stadt, Kreis und Eigentümer seit Langem intensiv an einer Lösung arbeiten. Es seien zahlreiche Vorschläge – von der Sicherung über eine bauliche Einkürzung bis hin zu einem vollständigen Abriss – an die zuständigen Behörden herangetragen worden. Jedoch sei bisher keine dieser Varianten von der oberen Denkmalschutzbehörde akzeptiert worden. Vielmehr sei der Eindruck entstanden, dass konkrete Lösungsvorschläge entweder abgelehnt oder ohne weitere Rückmeldung ignoriert wurden.

Norbert Reichert, Vorsitzender der FDP-Fraktion, brachte in die Diskussion einen pragmatischen Vorschlag ein: „Wenn man nicht weiß, woran es hängt, dann sollten wir die zuständige Behörde einladen – freundlich oder unfreundlich – aber so, dass sie uns endlich sagen, was geht und was nicht.“ Dieser Vorschlag fand breite Zustimmung im Ausschuss. Es herrschte Einigkeit darüber, dass eine fundierte Resolution oder ein weiterer politischer Vorstoß nur dann sinnvoll sei, wenn zuvor Klarheit über die Haltung der oberen Denkmalschutzbehörde herrscht.

Der Ausschussvorsitzende wurde daher beauftragt, Vertreterinnen und Vertreter der oberen Denkmalschutzbehörde zur nächsten Sitzung einzuladen. Ziel ist es, endlich

belastbare Informationen aus erster Hand zu erhalten, um den Prozess zu beschleunigen und eine tragfähige Lösung zum Wohle der Anwohnerschaft herbeizuführen.

Die FDP Hattersheim wird sich auch weiterhin für transparente Prozesse und eine zügige Entlastung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger einsetzen.